12.08.2010

Sitzungsvorlage Nr. 121/10

SGB II-Neuorganisation;
Grundsatzbeschluss zum ARGE-Nachfolgemodell ab 01.01.2011

Gremien	Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie	Sitzungsdatum	06.09.2010
Gremien	Kreisausschuss	Sitzungsdatum	27.09.2010
Gremien	Kreistag	Sitzungsdatum	28.09.2010
Organisationseinheit	Arbeit und Soziales	Berichterstattung	Sparbrod, Rüdiger
Beratungsstatus	öffentlich		
Budget-Nr.		Haushaltsjahr	2010
Produktgruppen-Nr.		Finanzielle Auswirkungen	
Produkt-Nr.			

Beschlussvorschlag

- Der Kreistag beschließt, zur einheitlichen Durchführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende die Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit über den 31.12.2010 hinaus in Form eines Jobcenters als gemeinsame Einrichtung nach § 44 b SGB II weiterzuführen.
- Der Kreistag stimmt dem Abschluss der beigefügten Vereinbarung zur näheren Ausgestaltung und zur Organisation der gemeinsamen Einrichtung zu.
- Der Landrat wird beauftragt, entsprechend der finanzpolitischen Bedeutung des Jobcenters für den Kreis Unna auch die personalpolitische Verantwortung deutlich auszuweiten, indem
 - eine paritätische Besetzung des Personalkörpers zwischen Agentur für Arbeit und dem kommunalen Träger
 - in dauerhaften Beschäftigungsverhältnissen und
 - in alleiniger Anstellungsträgerschaft des Kreises Unna angestrebt wird.

Begründung der Vorlage

Zunächst wird auf die ausführliche Sitzungsvorlage Nr. 84/10 (einschl. Anlagen) verwiesen. Da zum damaligen Zeitpunkt die langjährigen Diskussionen zur SGB II-Neuorganisation noch immer nicht zum Abschluss gekommen waren und nur Gesetzesentwürfe vorlagen, hatte die Verwaltung vorgeschlagen, noch keine verbindlichen Beschlüsse zur zukünftigen Organisationsform zu treffen. Ein derart weitreichender Beschluss des Kreistages sollte, so die Verwaltung, nur auf der Grundlage endgültig beschlossener Gesetze und damit in Kenntnis der dann geltenden Rahmenbedingungen erfolgen. Dieser Auffassung hat sich auch der Kreistag angeschlossen.

1. Rechtsgrundlagen

Inzwischen haben der Bundestag und der Bundesrat die Gesetzesänderungen verabschiedet. Im nachfolgenden werden zum einen die wichtigsten Änderungen beschrieben. Zum anderen wird aber auch auf wichtige Änderungswünsche eingegangen, denen nicht gefolgt worden ist.

1.1 Grundgesetzänderung

Der Gesetzentwurf zur Grundgesetzänderung ist unverändert beschlossen worden.

Im Grundgesetz ist im neuen Artikel 91 e die Zusammenarbeit von Bund und Ländern bzw. der nach Landesrecht zuständigen Gemeinden und Gemeindeverbänden in gemeinsamen Einrichtungen **als Regelfall** verankert.

Als **Ausnahme** wird die alleinige Aufgabenwahrnehmung durch Kommunen verstetigt und ausgeweitet. Zwischen ARGE-Nachfolgemodell und Option soll ein Regel-Ausnahme-Verhältnis von 75% : 25% bezogen auf das gesamte Bundesgebiet bestehen. Ausgehend von der Zahl der derzeitigen Aufgabenträger soll es danach maximal (aufgerundet) 110 und damit 41 neue Optionskommunen geben. Auf das Land NRW entfallen davon 8 neue Optionen.

Getrennte Aufgabenwahrnehmungen sind nach der Neuregelung nicht mehr zulässig.

1.2 Einfachgesetzliche Änderung

(Gesetz zur Weiterentwicklung der Organisation der Grundsicherung für Arbeitsuchende)

In der einfachgesetzlichen Änderung des SGB II sind im Gesetzgebungsverfahren noch verschiedene Änderungen aufgenommen worden. Hintergrund sind die vielfältigen Änderungsvorschläge des Bundesrates. Da Bund wie Länder bemüht waren, ein Verfahren im Vermittlungsausschuss zu vermeiden, ist die bestehende Bund-Länder-Arbeitsgruppe, die im März des Jahres den politischen Kompromiss ausgehandelt hatte, Anfang Juni erneut zusammen gekommen. Die dort erzielte Einigung ist in das noch laufende Gesetzgebungsverfahren eingeflossen. Insbesondere die folgenden kommunalrelevanten Änderungen sind hervorzuheben:

-
- Bei Zweifeln über die Erwerbsfähigkeit soll die Feststellung nicht mehr durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen, sondern durch die Rentenversicherung erfolgen.

Die Feststellung der Erwerbsfähigkeit betrifft die Zuordnung zu den Leistungssystemen SGB II/SGB XII und hat erhebliche finanzielle und praktische Bedeutung für den Kreis Unna. Der Kreis Unna als Träger der Sozialhilfe ist bereits an die Entscheidung des Rentenversicherungsträgers gebunden, so dass die geänderte Regelung, um widersprüchliche Ergebnisse zu vermeiden, im Sinne einheitlicher Rechtsanwendung ausdrücklich begrüßt wird.

- Bei mangelnder Einigung über den Vorsitz in der Trägerversammlung und über den Geschäftsführer gilt jetzt, dass die Kommune erstmalig den Geschäftsführer bestimmt, wenn die Agentur für Arbeit erstmalig den Vorsitzenden der Trägerversammlung bestimmt hat.
- Die örtlichen Prüfungen der Optionskommunen durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) sollen nur nach Ankündigung bei der jeweils zuständigen Landesbehörde mit anschließender Unterrichtung über das Ergebnis der Prüfung erfolgen.

- Zum Personalübergang bei den Optionskommunen ist klargestellt worden, dass der Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag gilt und insofern die Versorgungslasten entsprechend bei Beamten zwischen neuem und altem Dienstherrn geteilt werden.

Insofern werden die Versorgungslasten bei übernommenen Beamtinnen und Beamten nicht nach § 107 BeamtVG erst bei Eintritt des Versorgungsfalls zwischen neuem und altem Dienstherrn geteilt, sondern der abgebende Dienstherr erstattet dem aufnehmenden Dienstherrn eine pauschalierte Abfindung, die sich nach den Verhältnissen zum Zeitpunkt des Übergangs bemisst. Dies korrespondiert mit den nach NKF zu bildenden Versorgungsrückstellungen und ist daher ausdrücklich zu begrüßen.

- Bei einem Wechsel der Organisationsform sollen die erforderlichen Sozialdaten in automatisierter und standardisierter Form übermittelt werden.

Die bisherige Kalkulation der Umstellungskosten von der ARGE zur Option ist davon ausgegangen, dass die Sozialdaten sowohl für die Leistungsgewährung als auch für die Arbeitsvermittlung in Papierform zur Verfügung gestellt werden und insofern händisch in das neue kommunale EDV-System einzugeben sind. Die Verpflichtung, die Daten automatisiert und standardisiert bereitstellen zu müssen, reduziert den Umstellungsaufwand und führt zu einer gegenüber den bisherigen Kalkulationen verringerten Kostenschätzung (s. Dort).

Ganz wichtig sind in diesem Zusammenhang aber auch die im Verfahren geäußerten Änderungswünsche, die nicht angenommen worden sind. Im nachfolgenden sind die drei wichtigsten Gesichtspunkte herausgegriffen, die auch für die Entscheidung über die Organisationsform von grundlegender Bedeutung sind:

- **Zweidrittelmehrheit für den Optionsbeschluss**

Die beim Bundesrat beteiligten Ausschüsse hatten empfohlen, die für den Antrag auf Zulassung als Optionskommune erforderliche Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder aufzugeben. Eine derart qualifizierte Mehrheit wurde als unzulässiger Eingriff sowohl in die Gesetzgebungskompetenz der Länder zur Regelung des Kommunalverfassungsrechts als auch in die Organisationshoheit der Kommunen angesehen.

Demgegenüber hält das Bundesministerium des Innern in seiner Stellungnahme vom 23.03.2010 das Erfordernis der Zweidrittelmehrheit mit der Garantie der kommunalen Selbstverwaltung für vereinbar. Damit will der Gesetzgeber erreichen, dass der Optionsantrag von einer breiten Mehrheit in den kommunalen Entscheidungsgremien getragen wird und nicht lediglich einer Zufallsmehrheit entspringt. Auf diese Weise ist – so das BMI – sichergestellt, dass die Stellung des Optionsantrages politischen Streitigkeiten entzogen und damit eine dauerhafte Aufgabenwahrnehmung gesichert ist.

Das endgültige Gesetz beinhaltet nach wie vor die Zweidrittelmehrheit.

- **Verschuldens unabhängige Haftung**

Angesichts der im Gesetzentwurf vorgesehenen weitgehenden Haftungsregelung hatten die beim Bundesrat beteiligten Ausschüsse überdies angeregt, dass die zugelassenen kommunalen Träger bei einer rechtswidrigen Verwendung von Bundesmitteln gegenüber dem Bund mit kommunalen Mitteln nur bei grober Fahrlässigkeit oder Vorsatz haften sollten.

Es ist jedoch die Regelung verblieben, wonach der Bund von der Optionskommune die Erstattung von Mitteln verlangen kann, die sie zu Lasten des Bundes ohne Rechtsgrund erlangt hat (öffentlich-rechtlicher Erstattungsanspruch). Auch einfache Fehler in der Rechtsanwendung könnten demnach zu Rückforderungen führen, d.h. die Haftung greift unabhängig vom Verschulden. Bereits jetzt sind viele Optionskommunen mit zum Teil hohen Rückforderungen des Bundes konfrontiert, die auf eine unterschiedliche Rechtsauslegung zurückgehen.

Hinzu kommt, dass der zu erstattende Betrag während des Verzuges zu verzinsen ist. Der Verzugszinssatz beträgt für das Jahr 3 Prozentpunkte über dem Basiszinssatz.

- **Implementierungskosten für Optionskommunen**

Der Bundesrat hat in seiner Stellungnahme gefordert, dass die für die neuen Optionskommunen entstehenden Verwaltungs- und Investitionskosten vom Bund getragen werden sollen. Die Obergrenze dieser Ausgaben sollte – unter Anrechnung übernommener Sachmittel aus der bisherigen Aufgabenwahrnehmung – bei 150 €/Bedarfsgemeinschaft liegen. Für den Kreis Unna hätte dies einen Betrag von ca. 3 Mio. € bedeutet.

Der Antrag ist in der interfraktionellen Bund-Länder-Arbeitsgruppe abgelehnt und insofern auch nicht in das Gesetz aufgenommen worden mit der Folge, dass die Optionskommune diese Vorlaufkosten selbst tragen muss.

1.3 Kommunalträger-Eignungsfeststellungs-Verordnung

In dieser Rechtsverordnung werden die Eignungskriterien sowie das Verfahren zur Feststellung der Eignung und zur Auswahl und Zulassung der kommunalen Träger benannt.

Der Kriterien sind unter Ziffer 2.5 der Anlage zur Sitzungsvorlage Nr. 84/10 zusammengetragen.

1.4 Rechtsverordnungen zur Datenerhebung und zu Kennzahlen

Parallel zum Gesetzgebungsverfahren zur SGB II-Neuorganisation sind von einer Arbeitsgruppe auf Bundesebene Rechtsverordnungen zur Datenerhebung und zur Bestimmung von Kennzahlen erarbeitet worden, die jetzt ebenfalls verbindlich beschlossen worden sind. Sie gelten **unabhängig von der Organisationsform** sowohl für die gemeinsamen Jobcenter als auch für die Optionskommunen. Beide sind **verpflichtet, der Bundesagentur für Arbeit diese Daten zur Verfügung zu stellen.**

Zur Datenerhebung gehören:

- Personenbezogene Informationen über die Leistungsempfänger,
- Angaben über die gewährten Leistungen,
- Angaben über Maßnahmen und Art der Eingliederung in den Arbeitsmarkt und zum Arbeitsmarktstatus,
- Trägerbezogene Daten zu Ausgaben und Einnahmen
- Daten zu Stellenangeboten und
- Daten zu Widerspruchs- und Klageverfahren.

Der Kennzahlenvergleich bildet die Leistungsfähigkeit der jeweiligen Aufgabenträger ab. Grundlage sind die folgenden ausgewählten Kennzahlen:

- Verringerung der Hilfebedürftigkeit,
- Verbesserung der Integration in Erwerbstätigkeit und
- Vermeidung von langfristigem Leistungsbezug.

Daneben werden weitere sogenannte Ergänzungsgrößen dargestellt, die der Interpretation und der ergänzenden Information der Kennzahlenergebnisse dienen.

Die definierten Kennzahlen werden vom BMAS monatlich veröffentlicht, wobei die Ergebnisse nach Vergleichstypen ausgewiesen werden. Dazu ist vorgesehen, dass die Jobcenter bzw. Optionskommunen einige Tage vor der Veröffentlichung Zugang zu den ermittelten Kennzahlen erhalten.

2. Einschätzung der Verwaltung zum Beschluss vom 15.12.2009 zur Beschlussvorlage 179/09 „Optionsmodell zur Betreuung der SGB II-Hilfempänger“

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 15.12.2009 folgende Beschlüsse einstimmig gefasst:

- Der Kreistag beschließt die Beantragung des Optionsmodelles.
- Die Kreisverwaltung wird beauftragt, entsprechende Verhandlungen aufzunehmen, damit der Kreis Unna Optionskommune wird und die Betreuung der SGB II-Hilfempänger in die alleinige Verantwortung des Kreises übernimmt.
- Die Ergebnisse der Verhandlungen werden dem Kreistag abschließend zur Beschlussfassung vorgelegt.

Zunächst ist darauf hinzuweisen, dass Ende 2009 die getrennte Aufgabenwahrnehmung als Regelmodell - ohne Erhöhung der Anzahl der Optionskommunen - vorgesehen war. Diese Form der Aufgabenwahrnehmung und die damit verbundenen Nachteile (z.B. höhere Verwaltungskosten, Doppelung von Prozessen) waren ausschlaggebend für die Beschlussfassung im Kreistag.

Das BMAS ist mit Schreiben vom 17.12.2009 über den Beschluss des Kreistages in Kenntnis gesetzt worden. Die Antwort vom 21.01.2010 war unmissverständlich: Eine Neuzulassung von Optionskommunen sei nicht vorgesehen.

Da der Stellenwert des Kreistagsbeschlusses vom 15.12.2009 bis heute umstritten ist und teilweise die Auffassung vertreten wird, er wirke bis heute, hat die Verwaltung den Landkreistag NW am 04.05.2010 um eine Einschätzung gebeten. Die Antwort wird im Wortlaut wiedergegeben:

„Wir halten einen neuerlichen Beschluss über die Einleitung des Optionszulassungsverfahrens für erforderlich. Als im Dezember 2009 in Unna der Beschluss gefasst wurde, lagen noch nicht die Zulassungsvoraussetzungen vor, die das Änderungsgesetz zur SGB II-Neuorganisation in § 6a Abs. 2 SGB II festlegt. Hier geht es vor allem um die 2/3-Mehrheit, die sicherlich im Zuge des Zulassungsverfahrens nachgewiesen werden muss. (...)

Darüber hinaus waren Ende des vergangenen Jahres auch alle anderen Optionsvoraussetzungen (Übernahme von Personal der BA, Abschluss von Zielvereinbarungen) noch nicht bekannt, so dass immer der Einwand möglich wäre, der Kreistag habe einen Beschluss gefasst, dessen Tragweite noch völlig unklar war. Auch im Hinblick auf die kreisangehörigen Kommunen und mögliche Einwände von dort ist ein Beschluss auf Grundlage des neuen Gesetzes erforderlich.

Dennoch ist der Beschluss vom Dezember nicht wertlos geworden, da er den grundsätzlichen Willen des Kreistages zur Option enthält. Hieran kann bei einem erneuten Beschluss angeknüpft werden.“

In der Niederschrift zur Sitzung des "Arbeitskreises SGB II/ARGE" des Landkreistages NW am 24.06.2010 ist noch einmal folgendes ausdrücklich festgehalten worden:

„Es besteht Einvernehmen darüber, dass der Beschluss über die Option mit der gesetzlich erforderlichen 2/3-Mehrheit im Kreistag rechtssicher erst nach Verkündung des Änderungsgesetzes, zumindest aber nach Abschluss der Beratung im Bundesrat, getroffen werden kann. Soweit der Kreistag bereits vor dem 09.07.2010 mit dem Thema befasst war, ist zu empfehlen, die Entscheidung für die Option nach Verkündung des Gesetzes nochmals zu bestätigen.“

Die Verwaltung wird durch diese Einschätzung in ihrer Auffassung bestärkt, dass der alte Optionsbeschluss seine Wirkung verloren hat und auf der jetzt gültigen Rechtsgrundlage zu erneuern ist.

Da in der bestehenden interfraktionellen Arbeitsgruppe regelmäßig, zuletzt am 17.08.2010, über die Gültigkeit des alten Optionsbeschlusses diskutiert worden ist und keine einhellige Auffassung erzielt werden konnte, hat die Verwaltung das Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales NRW (MAIS) um Rechtsauskunft gebeten. Das Ministerium hat bis zum 31.03.2011 vorzuschlagen, in welcher Reihenfolge die antragstellenden kommunalen Träger aus dem jeweiligen Land zugelassen werden und in diesem Zusammenhang auch die Zulassungsvoraussetzungen zu prüfen. Insofern ist das MAIS die Behörde, die sich verbindlich zur notwendigen Beschlussfassung äußern kann. Die schriftliche Rechtsauskunft wird nach Eingang unverzüglich an die im Kreistag vertretenen Fraktionen und Gruppen weitergeleitet.

3. Vorschlag der Verwaltung für die Beschlussfassung

In Kenntnis der gesetzlichen Rahmenbedingungen, einer Analyse der Zahlen, Daten und Fakten zum Arbeitsmarkt und zu den Erfolgen der ARGE, des Umstellungsaufwandes mit seinen Kostenfolgen sowie einer umfassenden Vorteils- und Nachteilabwägung für beide Organisationsmodelle schlägt die Verwaltung vor, die Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit über den 31.12.2010 hinaus in Form eines Jobcenters als gemeinsame Einrichtung nach § 44 b SGB II weiterzuführen.

Nur informell sei darauf hingewiesen, dass eine Mehrheitsentscheidung für das Jobcenter nicht erforderlich ist. Ein Beschluss mit einer qualifizierten Zweidrittelmehrheit ist nur für den Optionsantrag notwendig. Falls eine derartige Mehrheit nicht zustande kommt, geht die ARGE in das Jobcenter als Regelmodell unabhängig von Beschlüssen und Mehrheiten über.

Die maßgeblichen Argumente für das Jobcenter lassen sich wie folgt zusammenfassen:

<p>Grundsätzliches</p>	<p>Wirtschaftlicher Aufschwung ebenso wie Rezessionen finden ihre Ursache nicht in örtlichen Strukturen, sie sind nationalen und globalen Entwicklungen geschuldet. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat dies nachhaltig gezeigt. Auch die Entwicklung der Arbeitslosigkeit wird durch diese übergeordneten Faktoren wesentlich beeinflusst. Hätte die Bundesregierung nicht die Kurzarbeiterregelung deutlich verbessert und verlängert, um Kündigungen in den Betrieben zu vermeiden, wären immense Folgen auch für das SGB II-Hilfesystem unvermeidbar gewesen.</p> <p>Aus der Sicht der Verwaltung sollte die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit in gemeinsamer Verantwortung von Bund und Kommunen wahrgenommen werden, weil es sich nicht zuletzt auch um eine gesamtstaatliche Aufgabe handelt. Eine „Kommunalisierung“ der Langzeitarbeitslosigkeit birgt angesichts eingeschränkter kommunaler Steuerungskompetenzen nicht kalkulierbare Risiken. Es sei z.B. darauf hingewiesen, dass es keine Rechtssicherheit geben wird, ob die heute in Rede stehenden Verwaltungs- und Eingliederungsmittel auch mittel- und langfristig vom Bund noch in erforderlicher Höhe zur Verfügung gestellt werden. Die aktuellen Probleme aller öffentlichen Haushalte und die bisherigen Erfahrungen bei der Delegation von Landes- und Bundesaufgaben auf die Kommunen lassen eher befürchten, dass die Mittelzuweisungen zurückgefahren werden und vor Ort eine auskömmliche Finanzierung in der Folgezeit nicht mehr gewährleistet werden kann.</p> <p>Im Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2011 werden die ersten Kürzungen bereits Realität:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Der Eingliederungsetat soll von 6,6 Mia. € um 20% auf 5,3 Mia. € gekürzt werden. • Das Verwaltungskostenbudget (Personal- und Sachkosten) soll eine Kürzung von 4,5% erfahren (von bisher 4,4 Mia. € auf dann 4,2 Mia. €). <p>Diese Reduzierungen kommen in gleichen Anteilen auch unmittelbar vor Ort an und führen vermutlich dazu, dass der Umschichtungsbedarf zu Gunsten der Verwaltungskosten und zu Lasten der Eingliederungsmittel steigen muss.</p>
<p>Vorerfahrungen mit der ARGE</p>	<p>Das Verhältnis zwischen dem Kreis Unna und den Agenturen für Arbeit vor Ort war in den fünf ARGE-Jahren ganz überwiegend kooperativ und konstruktiv. Im Lenkungsausschuss hat es nahezu ausschließlich einstimmige Entscheidungen gegeben. Arbeitsmarktpolitische Beschlüsse des Kreistages wurden jeweils umgesetzt. Die ARGE konnte schon bislang unabhängig von Vorgaben ihrer Träger arbeiten. So gibt es nach wie vor einen eigenen Arbeitgeberservice und auch für die Ausbildungsstellenvermittlung zeichnet die ARGE selbst verantwortlich, nachdem sie anfänglich von der BA wahrgenommen wurde. Außerdem hat die ARGE regelmäßig im bundes- und landesweiten Vergleich sowie in ihrem Vergleichstyp gute Erfolge erzielt.</p>

Erfolgsbilanz

Die Erfolgsbilanz ist überwiegend positiv. In den letzten drei Jahren hat die ARGE Kreis Unna die gesteckten Ziele erreicht bzw. nur knapp verfehlt.

Integrationen

	Erwartet / Ziel	6.075
2007	Erreicht	7.067
	Abweichung vom Ziel in %	16,3%
	Erwartet / Ziel	6.325
2008	Erreicht	6.230
	Abweichung vom Ziel in %	-1,5%
	Erwartet / Ziel	4.725
2009	Erreicht	4.905
	Abweichung vom Ziel in %	3,8%

Die Zielverfehlung im Jahr 2008 ist unmittelbare Folge der im 4. Quartal deutlich spürbaren Wirtschaftskrise. Dennoch konnte die ARGE die in sie gesetzten Erwartungen fast erfüllen. Bei der Zahl der Integrationen fehlten zum Jahresende lediglich 95 Integrationen. Auch die Summe der passiven Leistungen konnte fast auf das erwartete Niveau gesenkt werden. Bei den kommunalen Leistungen und hier insbesondere den Kosten der Unterkunft wurde trotz steigender Energiekosten und beginnender Wirtschaftskrise fast das Vorjahresniveau erreicht. Im Krisenjahr 2009 waren bei den Integrationen in den Arbeitsmarkt die Erfolge mit 180 zusätzlichen Integrationen besser als erwartet.

Des Weiteren konnte die ARGE Kreis Unna für spezielle Zielgruppen zusätzliche Gelder akquirieren, um so die Chancen für diese Zielgruppen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. So konnte die ARGE Kreis Unna folgende Projekte in den Kreis Unna holen:

- Perspektive 50plus → JobOffensive 50+
- Gute Arbeit für Alleinerziehende → Stark im Job. Gute Arbeit für Alleinerziehende
- Bürgerarbeit (200 Bürgerarbeitsplätze)

So konnten allein durch das Projekt „JobOffensive 50+“, welches seit dem 01.01.2008 bei der ARGE Kreis Unna durchgeführt wird, in den letzten beiden Jahren über 3,5 Mio. € für die Betreuung und Integration Älterer zusätzlich eingesetzt werden. Die erfolgreiche Projektarbeit und das gute Zusammenspiel in der ARGE (Projektteam/Arbeitgeberservice/persönliche Ansprechpartner) spiegelt sich besonders deutlich in den über 1100 Integrationen seit 2008 für diese Zielgruppe wieder.

	<p>Auch im Projekt „Gute Arbeit für Alleinerziehende“ stellen sich die ersten Erfolge seit dem Projektstart am 02.11.2009 ein. Neben den rd. 1,3 Mio. € an zusätzlichen Mitteln für dieses Projekt konnten durch die gezielte Betreuung dieses Kundenkreises bereits über 100 Integrationen erzielt werden.</p> <p>Mit dem Zuschlag für die „Bürgerarbeit“ konnten weitere Mittel für die Heranführung von integrationsfernen Personen an den allgemeinen Arbeitsmarkt in den Kreis Unna geholt werden. Damit kann die ARGE Kreis Unna ihr Engagement für schwer integrierbare Personen, welches mit dem Projekt wie JobStart, JobSozial und dem Beschäftigungszuschuss immer einen hohen Stellenwert hatte, weiter fortsetzen.</p>
<p>Umstellungskosten und sonstiger Umstellungsaufwand</p>	<p>Die bisherigen Umstellungskosten sind mit einer Gesamtsumme von 4.619 Mio. € kalkuliert worden. Für die manuelle Datenerfassung war darin ein Betrag in Höhe von 1,45 Mio. € enthalten, der jetzt entfallen kann, da die Daten automatisiert und standardisiert bereitgestellt werden. Die Gesamtsumme verringert sich dadurch auf gut 3 Mio. € (s. Anlage 1). Dass dieser Betrag der Realität nahe kommt, zeigt sich daran, dass die Ausschüsse des Bundesrates einen Maximalbetrag von 150,00 € pro Bedarfsgemeinschaft (bei 20.009 BG im Juni 2010 = 3.001.350 €) für die Implementierung gefordert haben. Dies entspricht exakt der Kalkulationssumme des Kreises Unna.</p> <p>Die Umstellungskosten (Vorlaufkosten) können nicht aus den laufenden Verwaltungskosten (Personal- und Sachkosten) des Jobcenters bestritten werden, sondern wären aus eigenen Mitteln des Kreises zu finanzieren. Angesichts der Haushaltslage des Kreises und seiner Kommunen (die über die Kreisumlage an diesen Kosten beteiligt sind) und der Tatsache, dass zur Zeit zwei externe Beratungsunternehmen neue Konsolidierungsstrategien für den Kreis Unna entwickeln, hält es die Verwaltung für nicht vertretbar, einen derart hohen Betrag in die Systemumstellung zu investieren.</p> <p>Daneben ist mit einem weiteren immensen Umstellungsaufwand zu rechnen, bei dem alle Querschnittsbereiche des Kreises Unna mit hohen Ressourcenanteilen über einen langen Zeitraum gebunden sind.</p> <p>Alle Akteure sind sich darin einig, dass in der Umstellungsphase deutlich schlechtere Ergebnisse mit negativen Kostenfolgen für die Kommune erzielt werden.</p>

<p>Prüfbefugnisse, Verschuldens unabhängige Haftung</p>	<p>Zunächst sind dem BMAS bei den Optionskommunen weitreichende Prüfbefugnisse eingeräumt worden, die über die bloße Prüfung der Mittelabrechnung hinausgeht und sich auch auf die Begründetheit der Aufwendungen sowie die Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit erstreckt.</p> <p>Darüber hinaus ist für die Optionskommunen eine weitreichende Haftungsregelung eingeführt worden (s. vorne). Der Bund kann demnach – unabhängig vom Verschulden und schon bei einfachen Fehlern – die Erstattung der Mittel verlangen, wenn diese ohne Rechtsgrund geflossen sind.</p> <p>Aus der Sicht der Verwaltung ist damit für Optionskommunen ein unkalkulierbares finanzielles Risiko verbunden. Zusammen mit den weitreichenden Prüfbefugnissen des BMAS führt die Haftungsregelung zu einer faktischen Aufsicht und Steuerung des Bundes über die Aufgabenwahrnehmung der Kommunen.</p> <p>Das Jobcenter als gemeinsame Einrichtung kann naturgemäß eine solche Haftungsregelung nicht beinhalten.</p>
<p>Konsens mit den kreisangehörigen Kommunen</p>	<p>Für eine Aufgabenwahrnehmung als Optionskommune ist ein breiter Konsens innerhalb des Kreises Unna anzustreben. Dies gilt insbesondere für die kreisangehörigen Städte und Gemeinden, die neben ihrer sozialpolitischen Aufgabe mittelbar über die Kreisumlage auch die Finanz- und Stellenplanrisiken zu tragen hätten.</p> <p>Aus den Bürgermeister- und Sozialdezernentenkonferenzen der jüngsten Vergangenheit ist der Verwaltung bekannt, dass nahezu alle Kommunen der Option äußerst skeptisch gegenüber stehen und ausdrücklich die Weiterführung der ARGE als gemeinsame Einrichtung favorisieren.</p> <p>Beim Zulassungsverfahren 2004 zur Option ist in NRW gefordert worden, die Stellungnahmen aller kreisangehörigen Städte und Gemeinden beizufügen, aus denen hervorgeht, wie sich diese zum Vorhaben des Kreises positionieren. Außerdem war zu erläutern, welche Auswirkungen für den eigenen Haushalt des Kreises Unna und die Haushalte der kreisangehörigen Kommunen erwartet werden. In diesem Zusammenhang wäre auch auf entsprechende Nothaushalte bzw. genehmigte Haushaltssicherungskonzepte hinzuweisen gewesen. Derartige Anforderungen sind zwar für das jetzige Zulassungsverfahren nicht bekannt, sie machen aber deutlich, welcher Stellenwert dem kreisangehörigen Raum eingeräumt wird.</p> <p>Aus der Sicht der Verwaltung kann der Kreis keinen Optionsantrag gegen den ausdrücklichen Willen der kreisangehörigen Kommunen stellen.</p>

<p>Arbeitsmarktprogramm, Eingliederungsinstrumente</p>	<p>Das Arbeitsmarktprogramm ist in der ARGE Jahr für Jahr zunächst im Beirat und dann abschließend in der Trägerversammlung einvernehmlich abgestimmt worden. Die Zielgruppen sowie der Einsatz der Eingliederungsmittel entsprachen regelmäßig auch den Intentionen des Kreises Unna; die Senkung der kommunalen Kosten der Unterkunft stand immer gleichrangig neben den anderen Zielen.</p> <p>Bei der Wahl der Eingliederungsmaßnahmen müssen sowohl Jobcenter als auch Optionskommunen auf den gleichen „Instrumentenkasten“ des SGB II und SGB III zurückgreifen. In gleicher Weise unterliegen sie den Vergaberichtlinien des Bundes.</p> <p>Die ARGE Kreis Unna führt bisher außerordentlich erfolgreich Sonderprogramme durch, wie z.B.</p> <ul style="list-style-type: none"> • JobFit NRW • Produktionsschule • JobOffensive 50+ • Gute Arbeit für Alleinerziehende • Bürgerarbeit (neu) <p>Auf Beschluss des Kreistages sind folgende Projekte realisiert worden:</p> <ul style="list-style-type: none"> • JobSozial 100 • Sofortprogramm für benachteiligte Jugendliche (Nachholen des Hauptschulabschlusses in Kooperation mit der BA) <p>Alle Beispiele machen deutlich, dass die ARGE Kreis Unna über den gesamten Zeitraum – stets unter Berücksichtigung der Interessen des Kreises Unna - sehr innovative Arbeitsmarktpolitik betrieben und zusätzliche Drittmittel für die Region eingeworben hat.</p> <p>Nach Auffassung der Verwaltung reduzieren sich die Gestaltungsmöglichkeiten einer Optionskommune darauf, innerhalb des gegebenen Eingliederungsbudgets eigene Spielräume zu haben und die Schwerpunkte anders setzen zu können. An dieser Stelle sei jedoch auch darauf hingewiesen, dass das Instrumentarium der „freien Förderung“ von den bisherigen Optionskommunen kaum genutzt wird.</p> <p>Die Gestaltungsfreiheit wird zukünftig weiter dadurch relativiert, dass sich das lokale Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm an der mit dem BMAS vereinbarten Zielvereinbarung auszurichten hat.</p>
---	---

<p>Auspendlerquote</p>	<p>Von den 126.936 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Wohnort im Kreis Unna pendeln täglich 63.690 Beschäftigte aus, d.h. sie haben ihren Arbeitsort außerhalb des Kreises Unna. Dies entspricht einer Auspendlerquote von 50% und heißt nichts anderes, als dass der eigentliche Bedarf nach Arbeitsplätzen nur zur Hälfte im Kreis Unna befriedigt werden kann. Die andere Hälfte der Erwerbstätigen aus dem Kreis Unna arbeitet außerhalb des Kreises Unna und ist auf diese auswärtigen Arbeitsplätze zwingend angewiesen.</p> <p>Der Einwand, eine überregionale Arbeitsvermittlung spiele für Langzeitarbeitslose keine tragende Rolle, kann an dieser Stelle sicherlich geteilt werden. Es geht jedoch um Arbeitsvermittlung im regionalen Einzugsbereich des Kreises Unna (z.B. Dortmund, Iserlohn, Hagen, Hamm). Damit kommt einer Zusammenarbeit mit der BA und der Nutzung des gesamten BA-Stellenpools, und zwar rechtskreisübergreifend (auch SGB III), eine besondere Bedeutung zu. In diesem Zusammenhang muss bedacht werden, dass mit der Option der Zugriff auf die Datenbanken der BA und somit auf den Stellenpool verwehrt wird.</p>
<p>Vergleichende Evaluation der Option und ARGE</p>	<p>Zur Prüfung der Effektivität beider bisheriger Organisationsformen (Optionskommune, ARGE) wurde vom BMAS eine Evaluation in Auftrag gegeben. Der Abschlussbericht wurde am 09.12.2008 veröffentlicht. Die Gutachter betonen in vielerlei Hinsicht, dass es zwischen den Modellen in der Aufgabenwahrnehmung keine signifikanten Unterschiede gibt; beide Modelle weisen in unterschiedlicher Ausprägung Vor- und Nachteile in den Wirkungen auf. Zusammenfassend hat der Gutachter die unterschiedlichen Strategien und deren Wirkungen wie folgt interpretiert (<i>Zitat</i>):</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die ARGEN <ul style="list-style-type: none"> • aktivieren schneller und vermittlungsorientierter, • achten darauf, dass vor allem in bedarfsdeckende Beschäftigung integriert wird, • verstärken die Mitwirkungs- und Konzessionsbereitschaft der Hilfebedürftigen durch Sanktionen, • nutzen zur Integration aber auch mehr Lohnsubventionen.

	<ul style="list-style-type: none"> • Die Optionskommunen <ul style="list-style-type: none"> • subventionieren weniger die Aufnahme von Beschäftigung, nutzen dafür häufiger die Kombination aus Erwerbseinkommen und Alg II (Aufstocker), • verfolgen insgesamt (auch durch die Förderung der Beschäftigungsfähigkeit) eine durch das aus der Sozialhilfetradition stammende Fallmanagement geprägte sozialintegrative Strategie, welche dann aber möglicherweise die Eigeninitiative der Hilfebedürftigen weniger aktiviert und dadurch Arbeitsmarktchancen ungenutzt lässt. <p>Der Abschlussbericht präferiert am Ende keines der Modelle. Die Ergebnisse der Evaluation werden als wichtige Inputs für den vom Gesetzgeber intendierten institutionellen Lernprozess verstanden. Die Befunde sollen keinesfalls als ein Ruf nach Zentralisierung verstanden werden. Der Ideenwettbewerb unterschiedlicher Modelle wird als Beitrag zur Weiterentwicklung der Grundsicherung ausdrücklich begrüßt, aber – und dies ist für die Gutachter entscheidend – nur dann, wenn er auf Transparenz und Nachprüfbarkeit beruht.</p>
Annäherung der Organisationsmodelle	<p>Durch die neuen gesetzlichen Regelungen sind bestimmte Schwächen der ARGE abgemildert, die Stärken und die Flexibilität der Optionskommunen hingegen eingengt worden. Beide Modelle haben sich deutlich einander angenähert.</p> <p>Für die Option wie die gemeinsame Einrichtung gelten die gleichen gesetzlichen Regelungen. Die Eingliederungsmittel und Verwaltungskosten werden vom Bund für beide Modelle jährlich nach den gleichen Kriterien ermittelt und unterscheiden sich deshalb nicht in der Höhe. Der „Instrumentenkasten“ für die Eingliederung ist gleich; auch bei der Vergabe unterliegen beide Modelle den gleich strengen Kriterien des Bundes.</p> <p>Für beide Trägermodelle sollen zukünftig Zielvereinbarungen abgeschlossen werden. Zur Förderung der Leistungsfähigkeit erstellt das BMAS monatliche Kennzahlenvergleiche der Jobcenter bzw. Optionskommunen und veröffentlicht diese. Unabhängig von der Organisationsform besteht die Verpflichtung, der BA die festgelegten Daten regelmäßig liefern zu müssen.</p> <p>Jobcenter und Optionskommunen sind zukünftig verpflichtet, einen Beirat und einen Personalrat zu bilden; außerdem sind Beauftragte für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt zu bestellen.</p> <p>Aus alledem wird deutlich, dass für beide Organisationsformen zukünftig in vielen Feldern die gleichen Vorgaben und nahezu identische Controllingsysteme gelten.</p>

4. Vereinbarung zwischen dem Kreis Unna und den Agenturen für Arbeit zur Bildung eines Jobcenters

Auch wenn sich der Kreistag gegen den Vorschlag der Verwaltung für die Option entscheiden sollte, kann diese – nach einem erfolgreichen Prüfungsverfahren zur Eignung – frühestens zum 01.01.2012 zum Tragen kommen. Da die Verfassungswidrigkeit der ARGE nur bis zum 31.12.2010 toleriert wird, ist das Jahr 2011 auf jeden Fall als gemeinsame Einrichtung unter den neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen zu gestalten. Der Kreis Unna und die Agenturen für Arbeit haben in der Folge – zumindest für dieses eine Jahr - eine neue Vereinbarung für die gemeinsame Einrichtung zu schließen. Darin soll der Standort sowie die nähere Ausgestaltung und Organisation unter Berücksichtigung der Besonderheiten der beteiligten Träger sowie des regionalen Arbeitsmarktes und der regionalen Wirtschaftsstruktur bestimmt werden.

Unabhängig von der Grundsatzentscheidung zur Organisationsform hat deshalb die Verwaltung parallel auch Verhandlungen mit der Agentur für Arbeit zum Abschluss einer neuen Vereinbarung geführt.

Rahmenbedingungen und Details der gemeinsamen Einrichtung (z.B. Trägerversammlung und ihre Aufgaben, Geschäftsführer und dessen Aufgabenstellung, Zuweisung von Beschäftigten) sind bereits in hohem Maße gesetzlich geregelt, so dass es nur wenige Spielräume für lokale Zusatzvereinbarungen gibt. Um dies deutlich zu machen, hat sich die Verwaltung entschieden, in einer Synopse die gesetzlichen Regelungen den lokalen Zusatzvereinbarungen gegenüberzustellen (s. Anlage 2).

Der beigefügte Vereinbarungsentwurf ist aus der Sicht der Verwaltung sowie der Agenturen für Arbeit unterschriftsreif. Auf folgende Regelungen sei besonders hingewiesen:

- Die gemeinsame Einrichtung führt den Namen „Jobcenter Kreis Unna“ und hat ihren Sitz in Unna. Die bisherigen sonstigen Standorte in allen kreisangehörigen Kommunen bleiben erhalten; Standortveränderungen kann nur die Trägerversammlung beschließen.
- Die kommunalen sozialintegrativen Dienstleistungen werden demnächst durch das Jobcenter erbracht. Wie bereits zu ARGE-Zeiten wird für die Schuldner- und Suchtberatung das bewährte Verfahren mit Beratungsgutscheinen weiter geführt. Bei der Kinderbetreuung wird hingegen eine abweichende Aufgabenwahrnehmung durch die Jugendhilfeträger auf Vereinbarungsbasis favorisiert.
- Die grundlegenden Entscheidungen für das Jobcenter werden durch die Trägerversammlung beschlossen; die Stimme des Vorsitzenden entscheidet bei Stimmgleichheit (ausgenommen Bestellung und Abberufung des Geschäftsführers, abweichende Aufgabenwahrnehmung, Aufstellung des Stellenplanes und der Richtlinien zur Stellenbewirtschaftung). Die Verwaltung schlägt deshalb vor, dass der Vorsitz erstmalig vom Kreis Unna für die Dauer von 5 Jahren gestellt werden soll.

§ 44c SGB II legt fest, dass Vertreter der Agentur für Arbeit und des kommunalen Trägers je zur Hälfte in der Trägerversammlung vertreten sind. Es heißt wörtlich: „In der Regel entsenden die Träger je 3 Vertreter.“

Die vorstehende gesetzliche Regelung wurde in § 6 Abs. 1 des Vereinbarungsentwurfs übernommen. Ein Gremium mit der personellen Größe des heutigen Lenkungsausschusses wird von der Agentur für Arbeit nicht befürwortet.

Verwaltungsseitig wird jedoch die Notwendigkeit gesehen, die Arbeit der Trägerversammlung intensiv zu begleiten. Dies betrifft in erster Linie Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung (z. B. Bestellung und Abberufung des Geschäftsführers, Änderung der Standorte, Aufstellung Stellenplan, Richtlinien zur Stellenbewirtschaftung, Abstimmung des jährlichen Arbeitsmarktprogrammes, haushaltsrechtliche Fragen).

Es ist sicherlich nicht erforderlich, alle organisatorischen, personal- und finanzwirtschaftlichen Angelegenheiten vorzubereiten.

An dieser Stelle der Hinweis, dass die ordentlichen und stellvertretenden Mitglieder des Kreises in der Trägerversammlung gem. § 6 Abs. 4 der Vereinbarung an die Beschlüsse des Kreistages und seiner Ausschüsse gebunden sind.

Hinsichtlich der politischen Begleitung des künftigen Jobcenters wären 2 Überlegungen denkbar:

1. Unmittelbar vor den Sitzungen der Trägerversammlung wird im Rahmen einer Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Familie die Tagesordnung der Trägerversammlung intensiv behandelt.
2. Der z.Zt. bestehende interfraktionelle Arbeitskreis mit Vertretern aller politischen Gruppierungen im Kreistag wird zur Beratung der Angelegenheiten der künftigen gemeinsamen Einrichtung beibehalten.

Verwaltungsseitig würde der ersten Variante der Vorrang eingeräumt. Berichte der ARGE sind bereits heute Bestandteil einer jeden Sitzung.

Beide Varianten verlangen, dass die Sitzungstermine mit denen der Trägerversammlung aufeinander abgestimmt werden.

- Bei der Personalbedarfsermittlung werden auch die anzustrebenden Anteilsverhältnisse für die Leistungsgewährung (1:130 Bedarfsgemeinschaften) und das beschäftigungsorientierte Fallmanagement (1:75 Bedarfsgemeinschaften) festgelegt.
- Die Agentur für Arbeit hat keine Ansprüche für den Vorsitz in der Trägerversammlung angemeldet, weil sie weiterhin den Geschäftsführer stellen möchte. Für den Fall der „Nicht-Einigung“ gilt die gesetzliche Regelung in § 44d SGB II: Kann keine Einigung erzielt werden, wird der Geschäftsführer von der Agentur für Arbeit und dem kommunalem Träger abwechselnd jeweils für 2 ½ Jahre bestimmt. Die erstmalige Bestimmung erfolgt durch die Agentur für Arbeit.

Die Verwaltung schlägt deshalb vor, dass der Geschäftsführer erstmalig von der Agentur für Arbeit für einen Zeitraum von 5 Jahren gestellt werden soll.

Die Vereinbarung sieht vor, dass der Vorsitz in der Trägerversammlung und der Geschäftsführer jeweils abwechselnd von den Trägern gestellt wird. Eine gleiche Regelung gilt für den Geschäftsführer und seinen Stellvertreter.

-
- Für den Beirat sind alle relevanten Akteure des örtlichen Arbeitsmarktes vorgesehen. Für die Beteiligten des örtlichen Arbeitsmarktes, die selbst Eingliederungsleistungen anbieten und insofern befähigt sind, soll das Jobcenter regelmäßig Arbeitsmarktgespräche anbieten.
 - Vertraglich wird die paritätische Besetzung zwischen der Agentur für Arbeit und dem Kreis Unna am Gesamt-Personalkörper angestrebt (s. nachfolgend)

5. Zukünftige personalpolitische Verantwortung des Kreises Unna im Jobcenter

Der kommunale Anteil am ARGE-Gesamtpersonal ist in den vergangenen Jahren durch Fluktuation und nicht wahrgenommene Nachbesetzungsmöglichkeiten deutlich gesunken. Er liegt zur Zeit bei 33,3% = 152 Beschäftigte (Stichtag: 15.07.2010), davon nur noch 17 Beschäftigte des Kreises Unna. Daneben existiert mit 28% = 129 Beschäftigte ein ausgesprochen hoher Befristungsanteil. Mit 79% ist der deutlich überwiegende Anteil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Zeitverträgen in Anstellungsträgerschaft der Agentur für Arbeit beschäftigt.

Die bisherige Personalverantwortung des Kreises Unna entspricht nicht der Aufgaben- und Kostenverantwortung im Jobcenter. Der Kreis Unna hat schließlich die Richtlinienkompetenz für die Kosten der Unterkunft und Heizung sowie verschiedener einmaliger Leistungen, die brutto eine Summe von fast 100 Mio. € erreichen und damit den höchsten Einzelansatz im Haushalt des Kreises ausmachen.

Aus der Sicht der Verwaltung sollten deshalb folgende personalpolitischen Weichenstellungen im Zuge der Neuausrichtung des Jobcenters erfolgen:

- Optionskommunen und Jobcenter sind nicht mehr befristet, sondern grundgesetzlich abgesichert und insofern als Dauereinrichtungen anzusehen. Aus der Sicht der Verwaltung sollen deshalb zukünftig – nach Ablauf von Zeitverträgen bzw. nach Bewährung in der Probezeit – auch dauerhafte Beschäftigungsverhältnisse geschlossen werden.
- Wenn auch die personalrechtlichen Befugnisse verbessert worden sind, muss auch das Jobcenter zukünftig mit 13 Anstellungsträgern (Kreis, 10 Kommunen, Agenturen Hamm und Dortmund) umgehen. So sind z.B. die Beschäftigten der kreisangehörigen Kommunen nicht gesetzlich dem Jobcenter zugewiesen (dies gilt nur bei „herangezogenen“ Kommunen; dieses Instrument hat nahezu kein Kreis in NRW genutzt), sodass personalrechtliche Einzelzuweisungen erfolgen müssen. Wenn auch in der gemeinsamen Einrichtung demnächst eine Personalvertretung gebildet wird, so sind die Personalvertretungen der Anstellungsträger nicht gänzlich außen vor. Zur Erörterung und Abstimmung gemeinsamer personalvertretungsrechtlich relevanter Angelegenheiten ist deshalb gesetzlich die Bildung einer Arbeitsgruppe aus den Vorsitzenden der Personalvertretungen vorgesehen.

Die Reibungsverluste der Vergangenheit sind deshalb auch für die Zukunft vorprogrammiert. Aus der Sicht der Verwaltung sollte deshalb mittel- und langfristig angestrebt werden, dass die kommunalen Beschäftigten ausschließlich vom Kreis Unna beschäftigt und dem Jobcenter zugewiesen werden. Das bedeutet zunächst, dass bei jeder Neueinstellung und jedem Wechsel in

der Stellenbesetzung geprüft wird, ob die Anstellungsträgerschaft durch den Kreis Unna ermöglicht werden kann, und zwar solange bis die Parität erreicht ist. Für die Beschäftigten der kreisangehörigen Kommunen ist damit natürlich kein verpflichtender Wechsel zum Kreis Unna verbunden, sondern es handelt sich lediglich um ein Angebot, das bei Besitzstandswahrung freiwillig angenommen werden kann.

- Voraussetzung ist und bleibt immer, dass jede Stelle hinsichtlich der Personal- und Personalnebenkosten sowie der Verwaltungsgemeinkosten vollfinanziert ist und wegen dieser Drittfinanzierung nicht stellenplanrelevant wird.